Zukunftspanel Staat & Verwaltung

# Studienergebnisse liegen vor

## [18.08.2021] Die Ergebnisse des Zukunftspanels Staat & Verwaltung 2021 liegen vor. Demnach besteht weiterhin starker Handlungsbedarf bei der Digitalisierung der Behörden. Die Akzeptanz für Bring-Your-Own-Device-Modelle nehme zu, gleichzeitig gilt es, die IT-Sicherheit zu stärken.

Virtual Solutions hat nun die Ergebnisse des Zukunftspanels Staat & Verwaltung 2021 vorgestellt. Das Unternehmen ist neben wegweiser und der Hertie School of Governance Unterstützer der Untersuchung, die sich mit den zentralen Herausforderungen und daraus resultierenden Forderungen auf Behördenebene in Deutschland befasst. Die Studie beleuchte die überragende Bedeutung der Digitalisierung bei der Verwaltungsoptimierung und zeige gleichzeitig die wichtigsten Hemmnisse und Handlungsfelder auf. Demnach stehen verwaltungsinterne Maßnahmen zur Digitalisierung, wie beispielsweise die E-Akte, mit weitem Abstand bei fast der Hälfte der Befragten (48 Prozent) ganz oben auf der Prioritätenliste. Nehme man die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) mit 31 Prozent auf Platz vier knapp hinter einer demografieorientierten Personalpolitik (34 Prozent) und der Attraktivität als Arbeitgeber (32 Prozent) als weitere Themenfelder mit dazu, so werde der immense Handlungsbedarf bei der Digitalisierung deutlich. Diese Befunde korrelieren laut Virtual Solution mit den Antworten auf die Frage nach den wichtigsten Verbesserungsansätzen auf Behördenebene selbst. Dabei gaben 49 Prozent der Studienteilnehmer die Digitalisierung interner Verfahren und Entscheidungsprozesse als vorrangiges Maßnahmenpaket an. Die Digitalisierung der Leistungen für Bürger und Unternehmen folge mit 44 Prozent auf Platz drei, hinter der Stärkung der Attraktivität der Behörde als Arbeitgeber (48 Prozent). Die Umsetzung der aktuell verfolgten Initiativen wird laut Virtual Solution dagegen kritisch gesehen. So bewerten jeweils rund die Hälfte der Befragten den Stand der Digitalisierung von 575 Verwaltungsleistungen gemäß OZG, den flächendeckenden Ausbau der digitalen Infrastruktur und den Aufbau eines behördenübergreifenden Portalverbunds mit Nutzerkonten negativ. Die Zustimmung zu den Digitalisierungsfortschritten in der jeweils eigenen Behörde steige dagegen von 27 Prozent im Jahr 2019 auf 48 Prozent.

**Nutzerfreundlichkeit und IT-Sicherheit**

Zusätzlicher Druck werde durch die weiter angespannte Budgetlage aufgrund der Corona-Pandemie erwartet. So gehen 40 Prozent der Studienteilnehmer von Einnahmerückgängen aus, während 38 Prozent, respektive 34 Prozent zugleich eine Steigerung der Digitalisierungsausgaben und -Investitionen erwarten. Der wachsende Kostendruck steigere die Akzeptanz für Bring-Your-Own-Device-Modelle (BYOD). Sie werden bei 21 Prozent der Behörden eingesetzt. Meistgenannte Gründe dafür seien die höhere Nutzerfreundlichkeit durch die Nutzung nur eines Smartphones für dienstliche und private Belange (55 Prozent), die höhere Zufriedenheit von Mitarbeitern (44 Prozent) und die Kosteneinsparungen bei der Anschaffung und Verwaltung von Mobilgeräten (44 Prozent). Gleichzeitig machen sich 81 Prozent der Befragten bei BYOD Sorgen um die Datensicherheit und 57 Prozent um die Einhaltung der Vorgaben durch die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO). Hier wird laut Virtual Solution der größte Handlungsbedarf gesehen. Die hohe Relevanz von IT-Sicherheit zeige sich auch in der generellen Forderung nach verbindlichen und klaren behördenübergreifenden Standards und Lösungen im Bereich Cyber-Sicherheit: 76 Prozent der Studienteilnehmer stimmen dem zu und weisen damit auf das größte zu nehmende Hindernis bei der weiteren Digitalisierung von Behörden und Behördendienstleistungen hin. „Die Studie belegt eindrucksvoll die Zwänge und Herausforderungen, denen sich Behörden bei der

Digitalisierung stellen müssen“, sagt Sascha Wellershoff, CEO bei Virtual Solution. „Die Verbindung von Nutzerfreundlichkeit und IT-Sicherheit ist die wichtigste Voraussetzung für produktivitätsfördernde Konzepte wie BYOD. Sie muss bei sämtlichen Digitalisierungsmaßnahmen von Anfang an mitgedacht und gelöst werden.“

**Zahlen zur Studie**

Die nun vorgelegten Ergebnisse des Zukunftspanels Staat & Verwaltung 2021 basieren auf einer Vollerhebung der allgemeinen öffentlichen Verwaltung in Deutschland bei 1.346 Behörden aller Verwaltungsebenen. Befragt worden seien die obersten Entscheidungsträger und Behördenleiter von Bundes-, Landes- und Kommunalbehörden. Das Panel wird als Langzeitstudie seit 2002 durchgeführt.

(ve)

Stichwörter: Politik, BYOD, Datenschutz, Hertie School of Governance, IT-Sicherheit, Studie, Virtual Solution, Wegweiser, Zukunftspanel Staat & Verwaltung